

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungshändlern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (rei Haus 2 RM, halbmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Oberbahnstraße 2 / Fernsprecher-Nummern 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 543, Emil Schlegel-Schiffbau: Dresden-21, Oberbahnstraße 2 / Fernsprecher-Nr. 17 259 / Druckerei: „Arbeiterstimme“, Dresden / Druckstunden der Redaktion: Wochentage 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebildete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. In die Anzeigenzeile anschließend an den beigefügten Tarifteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-21, Oberbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Freitag, den 4. Februar 1927

Nummer 29

## Unternehmerdiktatur, Zwangsarbeit, Imperialismus

### Das Programm des Bürgerblocks

Geiern hat der Reichstanzler des Bürgerblocks, der „Republikaner“ Marx, die Regierungserklärung der Reichsregierung verurteilt. Das unheimlich lange Dokument ist eine geschickte verleierte Entschuldigung reaktionärer Maßnahmen. Rhetorisch wird an den Anfang der Regierungserklärung gestellt die Anerkennung der Weimarer Verfassung und der republikanischen Staatsform. Beteuert wird, daß das deutsche Staatswesen heute unerschütterlich sei. Es sei der feste Wille, für den Schutz der geltenden Verfassung und der Reichsfarben mit Tatkraft einzutreten. Wie diese Tatkraft aussehen soll, zeigt sich gleich in folgender Verurteilung des Reichstanzlers: „Es ist daher die schärfste Auffassung aller in der gegenwärtigen Regierung zusammengeschlossenen Fraktionen dieses hohen Hauses, daß Änderungen von Einzelheiten der bestehenden Verfassung auf dem verfassungsmäßigen Wege vorgenommen werden müssen.“ Die Regierung des „Verfassungsschutzes“ kündigt hier klump und unwehlig die beabsichtigte Änderung der Verfassung auf dem Wege an. Man wußte die Weiterleitung der Verfassungserklärung dieser rhetorischen Wendung anerkennen. Die Regierungserklärung unterstreicht damit, daß sie das Recht der Verfassungsänderung für den Bürgerblock als Monopol in Anspruch nimmt, und teilweise als Beruhigung, teilweise als Drohung gegen die mit dieser Regierung Unzufriedenen erklärt sei: „Jeden Versuch gewalttätiger oder sonst ungesetzlicher Abänderung wird die Regierung als Hochverrat betrachten.“

Inbesondere wird sie auch gegen alle Vereinigungen, die den rechtswidrigen und gewalttätigen Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken, vorgehen.“

Für die tatsächlichen Organisationen gilt das natürlich nicht.

Nach einer Aufforderung an die Beamten, der Regierung zu Treue zu halten, erklärt das Regierungsprogramm, daß in Zukunft eine Verherrlichung der monarchistischen Tradition im größten Umfange betrieben werden soll. Die Regierungserklärung legt: „Der tatkräftige Schutz der Weimarer Verfassung ist nicht weniger ein Ausdruck der großen Vergangenheit Deutschlands als ein Ausdruck zu gedenken. Noch vor wenigen Wochen hat in diesem hohen Hause und an dieser Stelle einer der Herren Abgeordneten mit Recht darauf hingewiesen, daß ein Volk, das seine Geschichte nicht ehrt, nicht wert ist, daß es noch einmal zu einer geschichtlichen Bedeutung kommt. Deshalb soll nach der einstimmigen Auffassung der Reichsregierung auch „der Vergangenheit und ihrer Symbolen Achtung und Ehre gesollt werden.“ „Achtung und Ehre der schwarz-weiß-roten Fahne, dem Symbol der schmerzhaften Reaktion unter gleichzeitiger Vorbereitung der Überwindung dieser Fahne, das ist die feierliche Erklärung für die Anerkennung der Reichsfarben. Als nächste Nummer folgt:

#### Die Aufhebung der Pfaffenwirtschaft,

der reaktionären Volksschule, der Volkserbarmung und des Reichslandwirts. Das ist das Kulturprogramm des Bürgerblocks. Der Zentrumsmann Marx erklärte: „Das unsere ganze kulturelle Kultur auf christlicher Grundlage erwachsen ist. Was diesem Mutterboden heraus muß sich der Geist des neuen Weltalters immer wieder erneuern.“

Solche Gebanckengänge werden ihre Auswirkung finden bei dem von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Reichsschulgesetz.“

Diese Erklärung belegt, daß in Zukunft die Volksschule der Kirche unterstellt werden soll. Zu dem Finanzausgleich legt die Regierungserklärung zu der praktischen Seite der Staatsverwaltung der werktätigen Massen überhaupt nichts. Dagegen betont sie die innerpolitische Bedeutung dieses Finanzausgleichs und macht einige Redewendungen über das Eigenleben von Staat und Gemeinden. Für die

#### Wehrmacht

fordert der Reichstanzler, dieser das Vertrauen entgegenzubringen, das sie verdient habe. Die Streitpunkte müßten verhandelt, auch wird das Versprechen abgegeben, daß verfassungsmäßige Elemente nicht in der Reichswehr eingestellt werden. Die Arbeiterklasse wird der Reichswehr das Vertrauen schenken ihrem Verdienst aus ihrem Vorgehen gegen das Proletariat schließlich entgegenbringen. Da die Reichsblutregierung verfassungsmäßige Elemente nur bei den reaktionären Vertretern der Arbeiter findet, wird trotz aller schrittweisen Erklärung die Reichswehr das Monopol der väterländischen Verbände bleiben. Nach einer längeren Erklärung über die Außenpolitik, in der jetzt mit Zustimmung der Deutschnationalen die Unterwerfungspolitik von London, Genf und Locarno als fortzuführen Politik angekündigt wird, folgt dann eine Erklärung über die

soziale und wirtschaftliche Lage in Deutschland.

Die Regierung erklärt: „Die Zahl der Unselbständigen und Beschäftigten hat sich vermehrt und die Notwendigkeit, auf den inneren Zusammenhalt in unserem Volk zu achten, ist besonders fühlbar gemacht. Alle wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung müssen von dem Streben ausgehen, die ungeheure Zahl der Arbeitslosen zu verringern und die Lage dieser Unglücklichen zu verbessern. Wie schon der Herr Reichspräsident in seinem an mich gerichteten Brief vom 20. Januar ausgeführt hat, wird es die neue Reichsregierung als ihre besondere Pflicht ansehen, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren. Die Arbeitslosigkeit in ihrem gegenwärtigen Ausmaß kann durch staatliche Mittel allein nicht beseitigt werden. Indes kann eine geeignete, nach Möglichkeit werkschaffende Sozialpolitik dazu beitragen, die Not zu lindern. In dieser Erkenntnis wird die Regierung nach wie vor auf dem Gebiet der produktiven Erwerbslosenfürsorge werkschaffende Arbeiten fördern. Sie wird die Umstellung von Erwerbslosen in Gebiete ermöglichen, die ein besseres Fortkommen gewährleisten.“ Die Regierung kündigt dann weiter an, daß sie das im vorigen Jahr angekündigte Arbeitsbeschaffungsprogramm durchführen werde und öffentliche Aufträge der Reichspost und der Reichsbahn zur Arbeitsbeschaffung heranziehe. Wörtlich führt dann der Reichstanzler aus:

„Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ohne wohlorganisierte und tatkräftige Arbeitsvermittlung nicht denkbar.“

Als besonders wirksames Mittel, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, wird dann noch die landwirtschaftliche Siedlung proklamiert. Jedoch wird gleich wieder erklärt:

„Allen Erwerbslosen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, wird so bald nicht möglich sein.“

Eine befriedigende dauernde Lösung der dadurch aufgeworfenen Unterhaltungsfrage ist nur möglich, wenn baldigst an die Stelle der Fürsorge die gesetzliche Erwerbslosenversicherung tritt. Die Regierung legt daher entscheidenden Wert darauf, daß der im Reichstag vorliegende Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung aus Gründen des Staats des Reichs, der Länder und Gemeinden möglichst vor dem 1. April verabschiedet wird.“

Für die Erwerbslosen hat die Regierung also die Erklärung, daß vorläufig Arbeit zu beschaffen nicht möglich sei. Dafür soll aber eine Umstellung, d. h. eine Entlassung der Erwerbslosen aus den Städten, vorgenommen werden. Die angelegentlich tatkräftige Arbeitsvermittlung wird die Durchführung der Zwangsarbeit im verstärkten Maße bedeuten. Wer sich nicht deportieren läßt, erhält keine Unterstützung. Das ist der Sinn der Erklärung des Reichstanzlers. Dann proklamiert der Reichstanzler die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeiter und Unternehmer, das partielle Zusammenwirken in Betrieb und Beruf, ganz selbstverständlich auf der Grundlage: Der Arbeiter schaltet die zum Umfassen, der Unternehmer streicht die Dabende ein. Eine Verfüzung der Arbeitszeit zur Arbeitsbeschaffung wird natürlich nicht vorgenommen. Das Washingtoner Abkommen soll ratifiziert werden, wenn die anderen Staaten entsprechend vorgehen. Das bedeutet also, in der Arbeitszeitfrage bleibt es, wie es ist. Für die Kriegsbeschädigten hat man ein paar schöne Worte. Die Unterstützung der ärmsten Schichten der Bevölkerung überweist man der freien Wohlfahrtsvereine, d. h. also den kirchlichen Vereinen oder sonstigen Wohltätigkeitsvereinen. Eine gesetzliche Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützungsmöglichkeiten will man nicht. Fürsorge- und Wohlfahrtsempfänger werden zu Bettlern degradiert. Zur Beseitigung der Wohnungsnot schwingt man sich kaum zu einigen Versprechungen auf. Dagegen kündigt man den Abbau der Wohnungswirtschaft

an und erklärt, daß das Brivatkapital sich erstklassigerweise wieder dem Baumarkt zuwenden. Also

Freigabe der Existenz der Mittelständigen, Ausplünderung der Mieter, Unterstützung der reaktionären Forderungen der Hauspatronen, keine Verfüzung der Arbeitszeit, Behinderung des Millionenheeres der Erwerbslosen, Einschränkung der Unterstützung für die Sozialfürsorgeempfänger,

das ist das „Sozialprogramm“ des Reichsblockkabinetts. Den Bauern, insbesondere den landwirtschaftlichen Arbeitern und Kleinbauern, wird dann die Verprechung gegeben, daß man die Voraussetzungen für eine notwendige Hebung ihrer Lebenslage schaffen wolle. Man verleiht die empfindliche Gestaltung der Handels- und Politik. Man verleiht der Landwirtschaft einen langfristigen Realzins. Nach den bisher gemachten Erfahrungen

werden diese Kredite jetzt noch mehr wie bisher von den Großgrundbesitzern eingezogen werden.

Die Maßnahmen für die Landarbeiter gehen nach der Regierungserklärung wie folgt aus: Es soll das Abstimmen der

landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Städte aufgehalten und das Festhalten der Arbeitskräfte auf dem Lande angestrebt werden. Daß man die Löhne der Landarbeiter nicht verbessern will, liegt auch in der Ankündigung des zwangsweisen Festhaltens der Landarbeiter auf den Wirtschaften der Großgrundbesitzer. Auch dem Mittelstand wird eine ähnliche Verprechung, Senkung des Zinsfußes und erleichterte Kreditgewährung gemacht, jedoch wird unwehlig gleichzeitig die weitere Entwicklung der Nationalisierung angekündigt. Die Verprechung des Kredites wird eine leere Phrase, die Entwicklung der Nationalisierung eine den Mittelstand vernichtende Tatsache sein. Zum Schluß der Regierungserklärung wird noch die Änderung des Straßengesetzes und des Straßpolizeigesetzes, der, soweit aus den bisherigen Veröffentlichungen bekannt wurde, an manchen Stellen eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes bringt, als besonderes Reformwerk hervorgehoben und Vertrauen für die Zukunft gefordert.

Gegen diese Regierung haben die Kommunisten sofort ein Mißtrauensvotum sowie besondere Mißtrauensanträge gegen Marx und Geiler eingegeben, ebenso brachten die Demokraten ein Mißtrauensvotum ein. Durch dieses Festhalten der Demokraten wurden dann auch die Sozialdemokraten zur Einbringung eines Mißtrauensantrages veranlaßt. Schon diese Tatsache kennzeichnet die Stellung der sozialdemokratischen Führerschaft zum Bürgerblock. Die Oppositionsrede des sozialdemokratischen Abgeordneten Müller-Franken war denn auch nur die Ankündigung parlamentarischer Auseinandersetzungen und eine moralische Vorlesung für die Deutschnationalen. Als zweiter Oppositionsredner gab der Deutschnational Graf v. Westarp das Kommentar der Monarchisten zu der „Verfassungstreue“ Erklärung der Regierung. Den sozialdemokratischen Feind hat er damit ab, indem er erklärte, auf dessen heitere Scherze werde er nicht eingehen. Die Stellung der Deutschn. Volkspartei zur Weimarer Verfassung und Republik proklamiert er dann folgendermaßen: „Eine Freigabe unserer grundsätzlichen und programmatischen Linie ist von uns nicht zugestanden und nicht in Aussicht gestellt. Wir haben das programmatische Manifest des Zentrums zur Kenntnis genommen, aber es ist nicht Verhandlungsgegenstand gewesen, und von uns ist kein Bekenntnis dazu verlangt worden.“ Westarp erklärte, die Regierungserklärung gelte für die Deutschnationalen mit dem, was sie dazu zu sagen haben.

Eine Freigabe der monarchistischen Ueberzeugung habe man nicht verlangt und sei auch nicht zugelassen worden.

Sie werden in Uebereinstimmung mit den anderen Parteien Abänderungsanträge zur Verfassung bringen. Die Regierung sei gebildet worden. Der Streit um die Staatsform und die Reichsfarben werde weitergehen. Die Deutschnationalen begrüßen die Loslösung von den Sozialdemokraten. Das müßte jetzt auch in den einzelnen Ländern erfolgen. Sie begrüßen es, daß die Regierungserklärung die Achtung vor den großen Traditionen der Vergangenheit fordert. Der Vertreter der Wirtschaftspartei erklärte, die Regierung könne sich durch ihr Verhalten gegenüber dem Mittelstand die Unterstützung der Fraktion sichern. Volk hinter die Regierungserklärung stelle sich der Vertreter der Volkspartei, Abgeordneter Dr. Scholz.

#### Die Kampfanlage der Kommunisten

Für die kommunistische Partei sprach der Genosse Hedert. Er kennzeichnete die Regierung als ein arbeitserfindliches Kabinett.

Der Reichstanzler habe versucht, mit einer langen Erklärung über den reaktionären Charakter des Kabinetts hinwegzujuden. Genosse Hedert charakterisierte dann die Haltung der Sozialdemokraten, die durch ihre achtjährige Koalitionspolitik die jetzige Lage und die Entstehung des Reichsblockkabinetts verschuldet haben. Selbst jetzt habe der sozialdemokratische Redner sich gegen eine Reichstagsauflösung ausgesprochen. Er fürchte, daß bei Neuwahlen die Demokraten, mit denen die Sozialdemokraten jetzt zusammengewandert seien, vollständig aus dem Reichstag verschwinden werden. Bei der Reichspräsidentenwahl hätten die Sozialdemokraten eine mühe Hege gegen die Kommunisten entfacht, weil diese sich gegen den Präsidentenwahlvorschlagn Marx gewendet haben. Die Sozialdemokraten aber hätten sich für den Marx erklärt, der jetzt das antirepublikanische Kabinett führe. Selbst heute hinfie die sozialdemokratische Partei hinter den Demokraten her, indem sie erst durch die Veranlassung, ihren Mißtrauensantrag einbringt. Genosse Hedert schloß seine Rede mit folgender Kampfanlage an die Reaktion:

Je reaktionärer unser Regiment wird, desto enger wird sich die Arbeiterklasse zusammenschließen. Je härter unser Terror wird, desto größer der Wille zum Kampf. Kein Bürgerblock und kein Hermann Müller werden den Sieg der deutschen Arbeiterklasse und die Aufrichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung verhindern! Gegen die Bürgerblockordnung die Revolution aller Opfer dieser Ordnung! Gegen die Diktatur der Bourgeoisie die Diktatur des Proletariats!